REGIONALISMUS IN EUROPA

CHAUVINISMUS UND INTOLERANZ VERSUS INTEGRATION UND TOLERANZ

Ich möchte mit ein paar nüchternen Zahlen beginnen. Etwa 100 Millionen Europäerinnen und Europäer in 45 Ländern gehören Minderheiten an. Die Zahl der Minderheitenvölker schwankt zwischen 130 und 200. 30 Millionen Menschen innerhalb der Europäischen Union sprechen keine der offiziellen Amtssprachen als Muttersprache. Die Minderheiten stellen damit mehr Menschen als jeder einzelne Nationalstaat. Und dennoch ist so selten von ihnen die Rede.

Statt dessen wird Europa häufig mit der Europäischen Union gleichgesetzt. Die Mitgliedsstaaten haben es in der Hand, über die zu entscheiden, die gern hineinmöchten. Das wichtigste Kriterium ist die Wirtschaft, wie das Beispiel der drei baltischen Staaten zeigt. Obwohl sie einen einheitlichen Kulturraum bilden und auf eine gemeinsame Vergangenheit zurückblicken, ist allein Estland in der ersten Runde der Beitrittsverhandlungen dabei, weil die dortige Wirtschaft die besten Daten aufweist.

Den Beginn des europäischen Einigungsprozesses markieren die Römischen Verträge vom 25. März 1957, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ins Leben gerufen wurde. Im Grunde ist der Geist von damals noch immer die Antriebskraft des Einigungsprozesses, auch wenn der Name das nicht mehr so deutlich macht. Es geht dabei um die Wirtschaft, und die Grenzen stehen in erster Linie für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräfte offen.

Doch mit der Wirtschaft allein erklärt sich die Europa-Begeisterung von Politikern wie Helmut Kohl oder Jacques Chirac nicht, die häufig betonen, sie seien stolze Patrioten. Sollte nicht Patriotismus das größte Hindernis für einen wirklichen europäischen Integrationsprozeß sein? Die Europa-Begeisterung der Patrioten hat gewiß auch damit zu tun, daß sie unter der europäischen Flagge an alte Größe anknüpfen können. Das gilt vor allem für Deutschland, denn deutsche Großmachtpolitik würde selbst im befreundeten Ausland erhebliche Irritationen auslösen.

Motor des Fortschritts

Was ein wirklicher Integrationsprozeß überwinden würde, wäre das Konzept der Nationalstaaten, die politische und nationale Einheiten als deckungsgleich definieren. Der Nationalstaat erscheint uns als die gleichsam natürliche Form des Zusammenlebens, dabei ist er sehr jung. Bis weit ins 18. Jahrhundert hinein herrschte der Ständestaat, in dem sich die Menschen nach ihrem sozialen Status, ihrer Heimatregion oder ihrer Religion definierten, aber nicht nach nationalen Kriterien. Mit der Aufklärung wurden die sozialen Hierarchien des Ständestaats infrage gestellt; mit der Französischen Revolution begann sein praktischer Niedergang. Dafür mußte eine andere, scheinbar positivere Ideologie zur Identifikation und Rechtfertigung der neuen Herrschaftsordnung gefunden werden. Das war die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die sich durch Merkmale wie Herkunft, Sprache, Kultur oder freie Entscheidung verbunden glaubt. Die Bewegung ging von Frankreich aus. Alle dort lebenden Menschen, einschließlich der Fremden, sollten Teil der französischen Nation sein und ein Recht auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit besitzen. Doch der Versuch, damit soziale Ungerechtigkeit und Fürstenwillkür zu beenden, leistete nationaler Intoleranz Vorschub. Kulturelle und ethnische Eigenständigkeit wurden ignoriert und unterdrückt.

Der Nationalstaat konnte sich auch deshalb so schnell durchsetzen, weil er den Anforderungen der beginnenden Industrialisierung gerecht wurde, ja er schuf sogar erst die Voraussetzungen dafür. Die Industrialisierung verlangte Mobilität, Flexibilität, Spezialisierung, Mechanisierung, Urbanisierung und Kommunikation. Ein Nationalstaat mit einem Zentrum, einer Verwaltung, einer Sprache und einer Gesetzgebung konnte diese Anforderungen viel eher erfüllen, als Kleinstaaten und Fürstentümer mit Handelsschranken und Sprachbarrieren. Kleine Völker, die auf ihrer Eigenständigkeit beharrten, waren nur reaktionäre Hindernisse auf dem Weg zum Fortschritt. So sahen es auch viele Väter der sozialistischen Bewegung.

Bis heute hat sich an dem Bild - zumindest in manchen südeuropäischen Staaten - so viel noch nicht geändert. Tatsächlich hören wir in der Debatte um Europa wenig von den Regionalismusbewegungen der kleinen Völker - und wenn, dann im Zusammenhang mit Anschlägen und Bürgerkriegen. Dabei habe sie zu neuem Selbstbewußtsein gefunden, seit die Industrialisierung an die "Grenzen des Wachstums" gestoßen ist und der unbegrenzte Fortschritt sich als Illusion erwiesen hat.

Die Integrationsbemühungen der Nationalstaaten haben gewiß ihren Sinn. Ohne Frage konnten dadurch zumindest in West- und Mitteleuropa seit dem Zweiten Weltkrieg tiefsitzende Feindbilder abgebaut werden. Doch das Europa der Kleinen bedeutet keinesfalls Instabilität, Zerfall oder die Rückkehr zu feudaler Kleinstaaterei. Um die Chance, die das Europa der Kleinen in sich birgt und von der so selten die Rede ist, soll es in meinem Beitrag gehen.

Zunächst möchte ich zwei Regionen vorstellen, die fester Bestandteil des Europas der Kleinen sind, obwohl ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit unterschiedlich ist. Die eine wird eher mit dem Schlagwort "Terror" in Zusammenhang gebracht, die andere mit ihrer pazifistischen Tradition.

Interner Kolonialismus

Ich beginne mit Korsika. Die größte korsische Gemeinschaft mit 200.000 Menschen lebt heute in der französischen Hafenstadt Marseille. Auf der Insel selbst leben nur noch 150.000 Einheimische. Vor 100 Jahren waren es 360.000. Dazu kommen 90.000 Franzosen. Viele von ihnen stammen aus Algerien. Sie wurden nach dem verlorenen Krieg in den sechziger Jahren auf der Mittelmeerinsel angesiedelt. Nur noch 20 Prozent der Korsinnen und Korsen sprechen ihre eigene Sprache. Die wirtschaftliche Fremdbestimmung ist noch extremer. Nur 8 Prozent der Lebensmittel und 5 Prozent der Genußmittel werden auf der Insel selbst hergestellt. Das ist eine unmittelbare Folge der französischen Kolonialpolitik. Noch vor hundert Jahre hat die Insel sich selbst ernährt. Um dies zu brechen, hat Frankreich ein Steuergesetz erlassen, das allen Exporten von der Insel hohe Abgaben auferlegte, während die Einfuhren subventioniert wurden. Dadurch wurden die französischen Produkte konkurrenzlos billig.

Die Fremdbestimmung macht selbst vor dem Krieg nicht halt. Im Ersten Weltkrieg rekrutierte die Armee gezielt Angehörige der nationalen Minderheiten dort, wo besonders verlustreiche Schlachten geschlagen wurden. So verlor die Insel damals ein Viertel aller Männer.

Die französische Herrschaft über Korsika ist relativ jungen Datums. Jahrhundertlang wurde die Insel von italienischen Stadtstaaten regiert, die wenig Einfluß auf die Innenpolitik nahmen. Zudem ist die korsische Sprache dem Italienischen viel näher als dem Französischen. 1768 übernahm Frankreich Korsika von Genua. Ein Jahr später wurde der berühmteste Korse geboren, der maßgeblichen Anteil am Niedergang der eigenen Kultur und Wirtschaft hatte: Napoleon Bonaparte, Sohn einer korsischen Mutter und eines italienischen Adligen. Bis an sein Lebensende sprach der "große Franzose" Französisch nur mit Akzent. Das hinderte ihn jedoch nicht, den Zentralismus mit Paris als alleinigen Maßstab auf Kosten der kleinen Völker festzuschreiben.

Mit der Emanzipationsbewegung vieler kleiner Völker in den sechziger und siebziger Jahren begannen auch die Korsen, sich gegen den internen Kolonialismus zu wehren. Insbesondere junge Menschen entdeckten ihre eigene Identität wieder. Sie wandten sich auch gegen die alteingesessenen Clans, die sich mit den Franzosen arrangiert hatten und deren Interessen vertraten. Bekannt ist vor allem der militante Widerstand der FLNC (Front zur Nationalen Befreiung Korsikas), auf deren Konto zahlreiche Bombenanschläge und Entführungen gehen. Die Staatsgewalt benutzte dies, um den gesamten Widerstand zu kriminalisieren. Unter der Ära Mitterand kam Bewegung in die starren Strukturen. Er betonte die kulturelle Eigenständigkeit der Insel, amnestierte FNLC-Aktivisten und gab dem zuvor machtlosen Regionalparlament gewisse Kompetenzen in inneren Angelegenheiten wie der Verkehrsplanung, dem Straßenbau oder der Landwirtschaft. Ob der Mord an dem französischen Präfekten Claude Erignac im Februar 1998 auf das Konto von Nationalisten geht, oder der Mafia, ist noch nicht geklärt, obwohl sich die Polizei eher auf die nationalistischen Spuren konzentriert. Bessere Motive hätte die Mafia, denn Erignac galt als unbestechlich und hatte mehrere Investitionsprojekte abgelehnt, deren Kapitalherkunft ihm dubios erschien.

Der Kampf um die korsische Identität bedient sich jedoch auch friedlicher Mittel, über die wenig bekannt ist. So gibt es Initiativen für Korsischunterricht in den Vorschulen oder in Abendschulen für Erwachsene. Bisweilen mischen sich sogar Franzosen unter die betagten Schüler; eine verheißungsvolle Entwicklung, denn noch vor wenigen Jahrzehnten wären Angehörigen der "Grande Nation" kaum auf die Idee gekommen, die Sprachen von Minderheiten zu lernen.

Große Hoffnungen setzten die gemäßigten korsischen Nationalisten auf die Europäische Union in Brüssel. Ihr Ziel ist nicht die Unabhängigkeit, sondern eine weitere Regionalisierung Europas, wie Yves Stella, der Herausgeber einer korsischen Zeitung, erläutert: "Wenn die korsischen Nationalisten

darauf bestehen, daß sie ein Teil Europas sind, dann haben sich die Rahmenbedingungen für ihren Kampf verändert. Natürlich stellt sich die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht nach wie vor, aber die Verwirklichung dieses Prinzips ist nicht an eine bestimmte Form gebunden. Das wird jetzt gemeinsam mit den anderen Völkern Europas geklärt".

Kulturelle Renaissance

Überzeugte Europäer sind auch die Waliser, deren kultureller Niedergang ähnlich ist wie auf Korsika. Mitte des 19. Jahrhunderts sprachen noch 90 Prozent der Waliser ihre eigene Sprache. Mitte dieses Jahrhunderts waren es nur noch 30 Prozent; heute sind es etwa 20 Prozent, doch der Abwärtstrend scheint gestoppt. Der Rückgang ging Hand in Hand mit der Modernisierung. Durch den Steinkohleabbau im Süden, der für die englische Industrie sehr wichtig war, kam ein gewisser Reichtum in den Agrarstaat. Damit wurde Englisch zur Sprache des Fortschritts, der Geschäftswelt und der Industrie. Das öffentliche Leben, die Erziehung und Gesetzgebung waren davon bestimmt, während walisisch als reaktionär galt. Allein im ländlich geprägten Norden konnte sich die Sprache halten. Erst mit dem Niedergang der Kohleförderung und einer schmerzhaften Strukturveränderung, begannen die Menschen, sich wieder auf ihre Kultur zurückzubedenken. Dafydd Iwan, einer der bekanntesten walisischen Künstler, erklärt die Renaissance folgendermaßen: "Ich denke, es hat damit zu tun, daß die Menschen einen großen Verlust spüren. Sie erinnern sich an die Zeit, als es noch mehr Arbeit gab, ein intaktes Sozialleben, als die Kirchen voll waren, die Chöre Zulauf hatten und für ein vielfältiges kulturelles Leben sorgten. Die Erinnerungen an die Eltern und Großeltern sind auch die Erinnerungen an dies vielfältige kulturelle Leben. Natürlich waren die Zeiten in den Kohlegruben hart, aber das, was die Menschen dort verloren haben, verbinden sie mit der walisischen Sprache. Sie sehen in der Sprache also nicht mehr wie früher etwas Schlechtes, Unterlegenes; sie verbinden sie mit den Kirchen, mit den Chören. Wenn sie nun die walisische Sprache wiedergewinnen, gewinnen sie auch das zurück, was sie im sozialen, kulturellen und religiösen Leben verloren haben."

Dem Norden von Wales droht dagegen eine neue Gefahr. Englische Investoren fühlen sich durch niedrige Immobilienpreise und Lebenshaltungskosten angezogen. Das schafft in einer strukturschwachen Gegend soziale Probleme. Zudem bemüht sich kaum jemand, die einheimische Sprache zu lernen. Dennoch zeichnen sich die Waliser durch eine hohe Toleranz aus. Darüber hinaus vertritt die walisische Nationalpartei Plaid Cymru einen radikalen Pazifismus. Ihre vier Abgeordneten im Londoner Parlament waren zum Beispiel die einzigen, die sich 1982 der Begeisterung für den Falkland-Krieg entzogen haben. Wie andere kleine Völker suchen die Waliser den direkten Kontakt mit Brüssel - und den Kontakt untereinander. Welche Möglichkeiten das bietet, umreißt Dafydd Iwan: "Als Geschäftsmann, der Schallplatten, CDs und Videos in walisischer Sprache produziert, setze ich auf zunehmenden Handel und Kooperation zwischen uns und anderen Minderheiten-Sprachen in Europa. Das schließt den Bereich Bücher, Musik, Video, Filme und so weiter ein. Auch das Satelliten-Fernsehen zählt dazu, bei dem man dasselbe Programm sieht und den Ton oder den Untertitel in seiner eigenen Sprache wählen kann. Diese Technologie ist für die Minderheiten ausgesprochen vorteilhaft, denn sie können dasselbe Programm mit unterschiedlichen Sprachen produzieren". Vorbei sind die Zeiten, als die Bewahrung der eigenen Identität mit Engstirnigkeit und Abgrenzung gleichgesetzt wurde.

Aktive Friedenspolitik

Die europäischen Regionalismusbewegungen bilden also eine Alternative zum Nationalstaat und einem zentralistischen Europa der Brüsseler Bürokratie. Ihr wichtigstes politisches Anliegen ist es, daß die Staaten im Zuge des Integrationsprozesses nicht nur Befugnisse in Sachen Währungs-, Außen- und Verteidigungspolitik an eine übergeordnete Instanz, die EU, abtreten, sondern auch Befugnisse in Sachen Kultur- und Erziehungspolitik sowie Regional- und Verkehrsplanung einschließlich der Wirtschaft. Dies ist ein direkter Beitrag zu mehr Demokratie, der allen zugute kommt, denn er verlagert die Entscheidungsinstanzen auf eine immer niedrigere Ebene, so daß die Selbstverwaltung immer größer wird.

Der wichtigste Interessenverband der europäischen Regionalismusbewegungen ist die "Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) mit Sitz in Flensburg. Der 1949 in Versaille gegründeten Vereinigung gehören über 60 Mitgliedsorganisationen an. Eine seiner wichtigsten Initiativen ist eine Konvention über die Rechte der Volksgruppen. Viele Politiker verweisen dagegen auf die individuellen Rechte, die in nahezu allen europäischen Staaten gesichert sind. Minderheiten benötigen jedoch auch kollektive Rechte, oder sogar eine "positive Diskriminierung" wie

der Friedensforscher Dieter Senghaas fordert. Das stößt selbst im föderalistischen Deutschland auf Unverständnis. So scheiterte 1994 der Versuch, den Minderheitenschutz in der Verfassung zu verankern. Bundesinnenminister Manfred Kanther begründete die Weigerung damit, daß die Stellung der Minderheiten durch den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes gesichert sei. "Positive Diskriminierung" bedeutet dagegen, den Minderheiten in bestimmten sensiblen Fragen ein Recht auf Veto oder Proporz einzuräumen, auch wenn das den Prinzipien einer repräsentativen Demokratie widerspricht.

Die Stärkung der europäischen Regionalismusbewegungen bedeutet angesichts des nationalen Konfliktpotentials echte Friedenspolitik. Sie kommt der Mehrheitsbevölkerung aber auch wirtschaftlich zugute. Dort, wo die Rechte der Minderheiten gewährleistet sind, wie in Südtirol, auf den Alandinseln oder in Katalonien, prosperiert die Wirtschaft und die Regionen sind Netto-Devisen-Zahlen für den Etat der Hauptstadt. Wo Intoleranz und Chauvinismus herrschen, wie im ehemaligen Jugoslawien, lange Zeit in Nordirland oder dem Baskenland, bleibt auch die wirtschaftliche Entwicklung auf der Strecke. Bisweilen erkennen dies auch die Politiker der Nationalstaaten an. So erklärten sie auf einer Gipfelkonferenz in Paris vom November 1990:

"Wir sind entschlossen, den wertvollen Beitrag nationaler Minderheiten zum Leben unserer Gesellschaft zu fördern, und verpflichten uns, deren Lage weiter zu verbessern. Wir bekräftigen unsere tiefe Überzeugung, daß freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern sowie Friede, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie den Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten erfordern.... Ferner erkennen wir an, daß die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten als Teil der allgemein anerkannten Menschenrechte uneingeschränkt geachtet werden müssen."

Klemens Ludwig

Der Autor:

Klemens Ludwig war 12 Jahre hauptamtlicher Mitarbeiter der Gesellschaft für bedrohte Völker. Heute arbeitet er als freier Autor und Radiojournalist. Zu seinen Veröffentlichungen zählt u. a. "Europa zerfällt, Völker ohne Staaten und der neue Nationalismus", Rowohlt Aktuell, Reinbek 1993 sowie "Ethnische Minderheiten in Europa. Ein Lexikon", Beck Verlag, München 1995. In dem Buch werden Minderheiten und Völker ohne Staaten mit ihren jeweiligen Problemen vorgestellt; von den Aromunen bis zu den Walisern, von den Albanern im Kosovo bis zu den Ungarn im Ausland.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 54/55 1998,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>